

# Mühlackers schweinisches Problem

Wildschweinplage im Stadtteil Enzberg beschäftigt nun den Petitionsausschuss des Landtags – Einwohner sprechen von Verwüstungen

Eine echt schweinsche Angelegenheit beschäftigt aktuell den Petitionsausschuss des Landtags. Es geht um die Wildschweinplage, die den Stückles-Besitzer auf den Höhen des Mühlacker Stadtteils Enzbergs das Leben schwer machen. Die Schwarzkittel graben ihre Streuobstwiesen regelrecht um

VON NORBERT KOLLROS

**MÜHLACKER.** Zur Erörterung der Petition waren vor einigen Tagen eigens die Ausschussvorsitzende Beate Böhlen und ihr Kollege Werner Raab nach Mühlacker gekommen. Rund 80 Enzberger hatten sich der Petition angeschlossen, die Hans-Werner Herre auf den Weg gebracht hatte. Raab zeigte sich in seiner Rolle als Berichterstatter im Petitionsausschuss bestens vorinformiert. Er sprach von „massiven Schäden“ durch die Schwarzwildpopulation und berichtete von weitgehend erfolglosen Drückjagden seitens der Jägerschaften, um zu resümieren: „Den Wildschweinen ist das alles saumäßig egal“.

Der Enzberger Beschwerdeführer Herre hatte eine reich bebilderte Präsentation erarbeitet, mit der er eindrucksvoll belegte, dass Wiesen – nachdem sie von einem Wildschweinerudel heimgesucht wurden – aussehen wie ein Kartoffelacker. Diese Verwüstungen seien „nicht mehr länger hinnehmbar“. Wobei die Sauen so gelenkig seien, selbst 1,20 Meter hohe Weinbergmauern zu überwinden.

Das Problem seien verwilderte, weil un gepflegte Grundstücke vorwiegend im Bereich der ehemaligen Weinberge, aber auch im Bereich der Obstbaumwiesen, wo die Wildschweinerudel Unterschlupf fänden und sich verstecken könnten, ein „Eldorado für die Sauen“. Herre forderte deshalb „unpopuläre Maßnahmen“, etwa die Bejagung von Wildschweinen in der Dunkelheit mit Nachtsichtgeräten oder eben auch eine chemische Eindämmung der Vermehrung der Wildschweine durch eine Art „Geburtenkontrolle“.

Herre, der sich wie etliche andere betroffenen Grundstücksbesitzer als „Heger der Landschaft“ betrachtet, vermisst bei etlichen Hegern des Wildes die nachhaltige Bereitschaft, an der Eindämmung der Wildschweinplage aktiv mitzuwirken. Herre ist zudem zu der Einschätzung gelangt, dass



Die Enzberger Wildschweinplage als Fall für den Petitionsausschuss: Im Mühlacker Ratssaal ließen sich Ausschuss-Vorsitzende Beate Böhlen (vorne links) und Mitglied Werner Raab (vorne rechts) von Petent Hans-Werner Herre (stehend) die Problematik erläutern. Foto: Kollros

das aktuelle Jagdgesetz „nicht zum Schutz unseres Eigentums beiträgt“. Deshalb sei die Politik gefordert.

Bernhard Panknin von der Landesjagdbehörde im Agrarministerium verwies auf eine einschlägige Zehn-Punkte-Empfehlung. Würde diese von allen Beteiligten befolgt, erfordere es keiner weiteren Maßnahmen. Alle müssten ein einem Strang „und in die gleiche Richtung“ ziehen. Nachtsichtgeräte seien für ihn „Krücken“, weil sich das Schwarzwild auch auf diese Technik einstelle, und eine chemische Keule könne bei freilaufendem Wild nicht dosiert werden, zudem sei das Fleisch dann für den menschlichen Verzehr nicht mehr zugelassen.

„Wir tun alles“, unterstrich der Umweltdezernent des Enzkreises, Karlheinz Zeller, und Kreisjägermeister Dieter Krail schob nach, „am Ball beziehungsweise am Gewehr“ zu sein, um die Wildschwein-Population in Grenzen zu halten. Ulrich Hauser, Vorsitzender des Kreisbauernverbands, appellierte an die Adresse des Ministeriums, den Jägern „jegliche Hilfsmittel“ an die Hand zu geben, um das Problem in den Griff zu bekommen.

Bürgermeister Winfried Abicht lenkte die Sichtweise auf die Besitzer der verwilderten Grundstücke, denen die Problematik gleichgültig sei und die so verhindern würden, dass die Wildschweine wirkungsvoll

bejagt werden könnten. Mit Schafen und Ziegen dem Dickicht auf natürliche Weise begegnen, wie ein Vorschlag aus der gut 40-köpfigen Erörterungsrunde im Rathaus-Saal lautete, bezeichnete Abicht als wenig praktikabel, „weil wir diese Tiere nicht haben. Pragmatisch schlug der Schönenberger Weingärtner Frank Jaggy vor, die betroffenen Stückles-Besitzer aufzufordern, ihre Grundstücke zu pflegen oder ihnen bei einer Fremdvergabe die Kosten in Rechnung zu stellen.

Nächster Schritt im Petitionsverfahren ist eine Erörterung der Sachlage im gesamten Ausschuss mit dem Ziel, für den Landtag eine Beschlussvorlage zu erarbeiten.